

?Tag gegen Lärm?

„Tag gegen Lärm“: Belastung in Deutschland zu hoch

Umweltbundesamt für Trendwende bei Lärmbelastung der Bevölkerung



Kaum ein Bürger oder eine Bürgerin bleibt in Deutschland von Lärm verschont. Berechnungen des Umweltbundesamtes (UBA) zeigen, dass etwa 13 Millionen der Einwohnerinnen und Einwohner mit Geräuschpegeln belastet sind, die deutliche lärmbedingte Gesundheitsrisiken und zunehmende Schlafstörungen verursachen. UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge sagt anlässlich des internationalen Tages gegen Lärm am 25. April 2007 dazu: „Es ist höchste Zeit für eine Trendwende bei der Lärmbelastung der Bevölkerung. Denn: Lärm ist nicht nur lästig – er kann auch krank machen.“ Die Europäische Umgebungslärmrichtlinie ist mit der vorgesehenen Information und Beteiligung der Bevölkerung wichtig, um die menschliche Gesundheit besser vor Lärm zu schützen. „Wir müssen mehr gegen die Lärmbelastung unserer Bevölkerung tun. Noch herrscht zu viel Ruhe um den Lärm“, so UBA-Chef Andreas Troge.

Studien für das UBA zeigen, dass Verkehrslärm zunehmend Schlafstörungen verursacht und sich das Risiko erhöht, besonders an Störungen des Herz-Kreislauf-Systems zu erkranken:

* So untermauert eine im UBA erarbeitete Literaturstudie den Zusammenhang zwischen Straßenverkehrslärm und Herzinfarkten: Das Risiko, einen Herzinfarkt zu erleiden, steigt bei Männern um etwa 30 Prozent, falls sie längere Zeit in Gebieten mit hohem Verkehrslärm wohnen, deren mittlerer Schallpegel im Außenbereich am Tag über 65 Dezibel (dB(A)) liegt.

* Zwischen Fluglärm und erhöhtem Arzneimittelverbrauch besteht ein direkter Zusammenhang. Dies ist das Ergebnis einer epidemiologischen Studie für das UBA, die im Umfeld eines deutschen Flughafens mit Nachtflugbetrieb Daten von mehr als 800.000 Personen analysierte. Demnach führt Fluglärm dazu, dass die Betroffenen häufiger den Arzt aufsuchen und die Ärzte diesen mehr Medikamente verschreiben.

Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse spiegeln sich auch in Umfragen zur erlebten Lärmbelastung der Bevölkerung im Wohnumfeld wider: Die Befragten stufen den Straßenverkehrslärm regelmäßig als größte Störung ein - vor anderen Faktoren, wie Autoabgase und Abwässer von Fabriken. Auch die kontinuierlich durchgeführte Online-Lärmumfrage des UBA zeigt diese Relevanz: 60 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fühlen sich vom Straßenverkehrslärm wesentlich belästigt.

Trotz dieser bekannten negativen Auswirkungen des Verkehrs gab es keine Trendwende: Die Lärmpegel liegen unverändert auf einem hohen Niveau. Eine Ursache hierfür dürfte darin liegen, dass EU, Bund, Länder und Gemeinden die Wirkungen des Lärms bei ihren planerischen Entscheidungen bislang nicht ausreichend berücksichtigen, vor allem bei der Verkehrs- und städtebaulichen Planung. Mit der EG-Umgebungslärmrichtlinie wird dieses Thema jedoch zukünftig stärker in die kommunale Planung eingebunden.

Die Richtlinie sieht in einem ersten Schritt vor, die Lärmbelastung der Bevölkerung in großen Ballungsräumen und an Hauptverkehrswegen bis zum 30. Juni 2007 zu erfassen. Unter Beteiligung der Öffentlichkeit sollen dann bis zum 18. Juli 2008 nationale Aktionspläne gegen den Lärm entstehen. Mit dieser verbindlichen Beteiligung der Bevölkerung könnte es zu einer breiten politischen Diskussion über die Lärmwirkungen kommen; auch bisher nur selten angewandte Maßnahmen - etwa lärmarme Straßenbeläge - könnten verstärkt Anwendung finden.

Das UBA setzt sich bei der Lärmaktionsplanung für den Schutz der Bevölkerung und für anspruchsvolle Umweltqualitätsziele ein. Belastungswerte unter 65 dB(A) als 24-Stundenwert und 55 dB(A) im Nachtzeitraum einzuhalten, kann nur ein erster Schritt sein, um gravierende Gesundheitsrisiken und

Schlafstörungen zu verhindern. Das UBA rät dazu, mittelfristig die Lärmbelastung auf 60 dB(A) als 24-Stundenwert und 50 dB(A) nachts zu senken.

Ein Faltblatt des UBA mit dem Titel „Lärm – das unterschätzte Risiko“ steht im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de> zum Download bereit.

Bestellung per Email: uba@broschuerenversand.de; schriftliche Bestellungen an: Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst (Fachgebiet I 1.3) , Postfach 1406, 06813 Dessau.

Die Studie „Verkehrslärm und Herz-Kreislaufisiko“ (in Englisch) ist leider nicht mehr als Link verfügbar.

Die Studie „Beeinträchtigung durch Fluglärm: Arzneimittelverbrauch als Indikator für gesundheitliche Beeinträchtigung“ ist leider nicht mehr als Link verfügbar.

Mehr Informationen zur [Europäischen Umgebungsärmrichtlinie](#).

Ergänzende [Presseinformationen zum Thema „Lärm“](#).

Dessau, den 23.4.2007

Quelle: Dieser Link ist leider nicht mehr verfügbar!
vom 11.11.2007